

Landratsamt Tübingen • Postfach 19 29 • 72009 Tübingen

Bundesminister des Innern
Herrn Alexander Dobrindt MdB

Telefon 0 70 71 / 2 07 – 50 00
Telefax 0 70 71 / 2 07 – 44 99
landrat@kreis-tuebingen.de
Raum A 5 01

Dienstsitz Berlin
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

24. Februar 2026

Freiwillige Integrationskurse – Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,
das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat den Sprachkursträgern mitgeteilt, dass im laufenden Haushaltsjahr keine neuen Zulassungen für freiwillige Integrationskurse mehr erteilt werden. Erlauben Sie uns die unumwundene Rückmeldung, dass wir diese Entscheidung nicht verstehen. Zugleich bitten wir um deren Rücknahme.

Ohne Zweifel: Finanziell angespannte Zeiten geben immer Gelegenheit, bestehende Strukturen und Aufgaben zu hinterfragen, sich auf die zentralen Themen zu besinnen, Prioritäten zu setzen - und auch nach der grundsätzlichen Rolle des Staates zu fragen. Richtig ist unseres Erachtens die Feststellung, wonach – auch bedingt durch eine erfreuliche Entwicklung unserer Wirtschaft und damit verbunden der staatlichen Finanzausstattung während der zurückliegenden etwa 15 Jahre – die Erwartungshaltung der Gesellschaft in staatliche Unterstützung immer weiter gestiegen ist. Diesbezüglich besteht sicherlich Korrekturbedarf.

Richtig ist aber auch, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten Jahren durch populistische Kräfte immer stärker torpediert wurde. Hierzu zählt auch, dass Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell als problembehaftet wahrgenommen werden. In der politischen Debatte werden vor allem die Probleme von Migration und weniger deren Chancen in den Vordergrund gerückt. In der Folge ist die öffentliche Debatte geprägt von Vorschlägen zur Begrenzung „illegaler Migration“ und der Frage, wie die Zahl der Abschiebungen erhöht werden kann. Verstehen Sie uns nicht falsch: Es ist richtig, den Aufenthalt straffällig gewordener Ausländerinnen und Ausländer oder von Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel zu beenden. Es ist auch richtig, nicht die Augen vor Problemen zu verschließen, die sich im Zusammenhang mit der Integration etwa von Geflüchteten ergeben. Schließlich ist es richtig, Lösungen zu

erarbeiten, wie jenseits des Asylsystems Menschen aus anderen Ländern gesteuert und legal in unsere Arbeitsmärkte einwandern können. Für eine Wirtschaft, die auch in krisenhaften Zeiten auf ausländische Fach- und Arbeitskräfte angewiesen ist, ist eine Kommunikation, die Probleme und Negativaspekte von Migration in den Vordergrund rückt, geradezu verheerend. Denn diese Art der Debattenführung vermittelt die Botschaft, wonach wir Zuwanderung im Ausgangspunkt kritisch sehen würden. Sie zeichnet das Bild einer Gesellschaft, die eigentlich keine Zuwanderung möchte, sie allenfalls als lästige Pflicht akzeptiert. Wir fragen Sie vor diesem Hintergrund: Wieso sollten selbst gut ausgebildete Menschen aus anderen Ländern dieser Welt zu uns nach Deutschland kommen wollen, wenn sie sich nicht willkommen fühlen? So werden wir unseren immensen Arbeits- und Fachkräftebedarf nicht decken können. Deshalb ist diese Art der Debattenführung ein Standortrisiko für unsere Wirtschaft.

Die Entscheidung zur Einstellung der Finanzierung freiwillig besuchter Integrationskurse ist ein Widerspruch in sich: Wir wollen doch Menschen unterstützen, die sich aus eigenem Antrieb um Spracherwerb und Integration bemühen! Sprache ist der Schlüssel zur Integration in unsere Gesellschaft und grundsätzlich auch in den Arbeitsmarkt. Mehr noch: Sprache ist die Grundlage für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Es ist uns daher völlig unverständlich, weshalb gerade hier nun gespart werden soll. Menschen, die neu in Deutschland sind, müssen von Anfang an Sprache erlernen können und Hilfestellungen bei der Integration in unsere Gesellschaft erhalten. Mehr noch: Der Besuch eines Sprachkurses vermittelt Tagesstruktur und trägt so dazu bei, dass neu angekommene Menschen nicht in den Teufelskreis aus Langeweile und ungewisser Perspektive geraten, was wiederum das Risiko massiv erhöht, dass diese Menschen den Anschluss nie finden und dauerhaft Sozialleistungen beziehen werden. Anstatt der Aussicht, dass sie ihren Lebensunterhalt irgendwann einmal selbst finanzieren und Steuern bezahlen werden, nehmen wir sehenden Auges in Kauf, dass sie unserem Arbeitsmarkt nie zur Verfügung stehen und Kosten in erheblicher Höhe verursachen werden. Dies halten wir für unklug. Tatsächlich erscheint die Maßnahme ein weiteres Element der Erzählung zu sein, wie problembehaftet Zuwanderung ist. Der Anreiz, nach Deutschland zu kommen, sinkt weiter. Unsere Wirtschaft ist einer wichtigen Perspektive beraubt.

Einen letzten Aspekt bitten wir zu berücksichtigen: Die Kommunen unseres Landkreises wissen um die Bedeutung des Spracherwerbs für eine gelingende Integration und eine erfolgreiche Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt.

Unsere Städte und Gemeinden und wir als Landkreis können es uns nicht leisten, das Sprachkursangebot so empfindlich zu reduzieren. Denn am Ende sind wir es, die mit den daraus resultierenden Problemen am Ende fertig werden müssen. Dies bedeutet, dass wir im Zweifel

wieder einmal als Ausfallbürge für staatliche Aufgaben herhalten müssen. Wir gehen davon aus, dass dies bei der Entscheidung zur Einschränkung der Finanzierung der Integrationskurse nicht bedacht wurde. Denn anderenfalls wäre diese Entscheidung auch aus kommunalfinanzpolitischer Sicht geradezu infam: Alle reden darüber, wie Städte, Gemeinden und Landkreise finanziell so ausgestattet werden können, dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Und dann wird ihnen sozusagen durch die Hintertür im Windschatten der Migrationsdebatte eine weitere Aufgabe einfach mal aufs Auge gedrückt.

Sehr geehrter Herr Minister, wir hoffen, wir konnten Ihnen unsere Argumente überzeugend darlegen und kommen auf unsere eingangs formulierte Bitte zurück: Stoppen Sie die genauso kurzsichtige wie verheerende Entscheidung einer Mittelstreichung für den Besuch freiwilliger Integrationskurse. Ihrer geschätzten Antwort sehen wir mit Spannung entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hendrik Bednarz
Landrat des Landkreis Tübingen

Thomas Hölsch
Vorsitzender des Kreisverbands des Gemeindetags

Boris Palmer
Oberbürgermeister
Universitätsstadt Tübingen

Stephan Neher
Oberbürgermeister
Stadt Rottenburg am Neckar

Michael Bulander
Oberbürgermeister
Stadt Mössingen

Johannes Schwörer
Präsident
IHK Reutlingen

Alexander Wälde
Präsident
Handwerkskammer Reutlingen